Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

139 (23.3.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 139 — **77. Jahrgang.** — **Karlsruhe, Samstag, 23. März 1918** — **77. Jahrgang.** — **Mittagsblatt.**

Die deutsche Offensive im Westen.

Bis jetzt 16000 Gefangene, 200 Geschütze.

Der erste Schlag.

Der deutsche Abendbericht.

WTB. Berlin, 22. März, abends. (Amtlich.) Die Erfolge des gestrigen Tages in den Kämpfen zwischen Arras und La Fère wurden in Fortführung unserer Angriffe erweitert.

16000 Gefangene, 200 Geschütze werden bisher gemeldet.

Vor Verdun blieb der Feuerkampf gesteigert. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

* * *

Zu dem Erfolg wird weiter aus Berlin gemeldet: Am 21. März hat die deutsche Offensive an der Westfront eingesetzt. Sie richtete sich zunächst gegen die Engländer. Die Artillerieschlacht entbrannte beim Morgengrauen. Schon nach wenigen Stunden äußerst ergiebiger Feuerwirkung trat die deutsche Infanterie um 10 Uhr vormittags zwischen der Scarpe und der Oise in einer Ausdehnung von rund 80 Kilometern zum Sturme an. In hartem, für den Feind äußerst blutigen Kampfe nahmen sie in breiten Abschnitten überall die englische Linie. Der den Engländern völlig überraschend kommende Angriff entriß ihnen wichtige Abschnitte ihres sorgsam vorbereiteten und stark ausgebauten Kampfgeländes. Obwohl ein dichter Nebel, der erst später der Sonne wich, die Kampftätigkeit anfangs behinderte, war doch der Erfolg unerwartet groß. Die Einbußen der tapfer und zähe sich wehrenden Engländer an Toten, Verwundeten und Gefangenen sind sehr schwer, die deutschen Verluste überraschend gering. Dieser erste Großkampftag endete verheißungsvoll für die deutschen Waffen. Der Geist der Truppen ist von freudiger Siegeszuversicht getragen. Die Beute an Gefangenen, Geschützen und sonstigem Kriegsmaterial konnte noch nicht endgültig festgestellt werden. Bis jetzt sind 16 000 Gefangene und 200 Geschütze gemeldet.

*

Englische Meldungen.

WTB. London, 22. März. Englischer Heeresbericht vom 21. abends: Gegen 8 Uhr heute früh wurde nach heftigem Geschützfeuer von beiden Seiten mit Sprenggranaten und Gasgranaten auf unsere vorderen Gräben und weiter zurückgelegene Räume mächtige Infanterieangriffe ausgeführt. Auf einer Front von über 50 Meilen Ausdehnung vom Oise-Fluß in der Gegend von La Fere bis zum Sensée-Fluß in der Gegend von Croisiles. Feindliche Artilleriedemonstrationen fanden auf einer ausgedehnten Front nördlich des La Bassée-Kanals und bei Ypern statt. Der Angriff, von dem bereits seit einiger Zeit bekannt war, daß er sich in Vorbereitung befand, wurde mit größter Heftigkeit und Entschlossenheit während des ganzen Tages ausgeführt. Im Laufe des Kampfes brach der Feind durch unsere Vorpostenstellungen hindurch, und es gelang ihm, in unsere Kampfstellungen an einem gewissen Teile der Front einzubrechen. Der Angriff wurde in breiten Massen ausgeführt und kam den beteiligten deutschen Truppen, die außerordentlich schwere Verluste hatten, sehr teuer zu stehen. Das schwere Ringen dauert an der ganzen Front an. Starke Massen feindlicher Verteidigungstruppen wurden während des Tages beobachtet, wie sie sich hinter den feindlichen Linien vorwärts bewegten. Verschiedene feindliche Divisionen, die für den großen Angriff besonders vorbereitet waren, wurden bereits festgestellt, darunter Einheiten der Garde. Erbeutete Landkarten, auf denen die Pläne des Gegners eingezeichnet waren, lassen erkennen, daß er an keiner Stelle der langen Angriffsfront sein Ziel erreicht hat.

WTB. London, 22. März. Der Korrespondent des Reuterschen Büros an der britischen Front drahtet abends: Die Deutschen scheinen dadurch, daß sie, von starker Artillerie unterstützt, große Massen in den Kampf warfen, in die Frontlinie zwischen Scarpe und Vendhuille eingedrungen zu sein. Wenn wir nicht die notwendigen Gegenmaßregeln ergreifen, so sei die Gesamtlage für den Augenblick erschüttert.

Die Luftangriffe hinter der Front.

WTB. Rom, 22. März. (Ag. Stefani.) „Osservatore Romano" veröffentlicht eine Note, wonach die Nachricht durchaus unbegründet ist, daß der Nuntius in Wien beauftragt sei, namens des hl. Stuhles beim Kaiser Schritte zu unternehmen, damit zwischen den Kriegführenden die Bombardierung der offenen Städte hinter den Operationslinien aufhöre.

Rußland.

WTB. Stockholm, 22. März. Laut eines Telegramms aus Wasa an die Zeitung „Dagens Nyheter" ist die bisherige Beute der Weißen Garde bei ihrem Vorgehen groß. Bei Lyly eroberte sie allein sechs Kanonen. Eine große Zahl von Roten Gardisten soll bereits abgeschnitten sein.

WTB. Kiew, 22. März. Der österreichisch-ungarische General Graf Forgach ist mit einer Kommission von 35 Mitgliedern am 19. März in Kiew eingetroffen.

Die Vergewaltigung Hollands.

Rücktrittsabsichten des Ministers Ludon? — Ein flammender Protest der holländischen Regierung.

WTB. Haag, 22. März. In der zweiten Kammer erklärte der erste Minister Kort van der Linden, daß der Minister des Auswärtigen Ludon durch Unwohlsein verhindert sei, in der zweiten Kammer zu erscheinen, obwohl er heute morgen in der ersten Kammer gesprochen habe. Der Minister betonte, daß die Regierung bestrebt gewesen sei, die vitalen Interessen Hollands zu berücksichtigen. Ein Ultimatum sei nicht gestellt worden, ebensowenig habe die Regierung unter dem Drucke Deutschlands gehandelt. Sie habe sich lediglich durch den Notstand beeinflussen lassen und versucht, die beste Lösung zu finden. Jetzt sei alles vorbei. Es gäbe Augenblicke im Leben eines Staatsmannes, in denen er den Gefühlen seines Herzens Luft machen müsse. Der Minister fuhr fort: Das niederländische Volk ist einig, ohne Unterschied des Ranges, der Partei und Religion. Noch nie sind wir so einig gewesen. Er hoffe, daß seine Worte auch über die Grenze gehört werden, wenn er gegen das Unrecht und den Zwang einen flammenden Protest einlege. Unsere Selbständigkeit und unser Recht sind uns lieber als Brot. Wir werden bis an den Bettelsack getreu daran festhalten. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Eine Erklärung Wilsons.

WTB. Washington, 22. März. (Reuter). Ein heute veröffentlichter Erlaß des Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigt das Marinedepartement, Schiffe aus dem niederländischen Schiffsregister in den amerikanischen Territorialgewässern zum Gebrauch während des Krieges zu übernehmen, und alle diejenigen Schiffe zu benutzen, die für wichtige Zwee des Krieges gegen Deutschland notwendig sind. Den Schiffseigentümern soll durch das Marinedepartement der Vereinigten Staaten in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerrechtes volle Entschädigung geleistet werden. Die Schiffe sollen durch die Admiralität oder durch das amerikanische Schiffahrtsamt so bemannt, ausgerüstet und verwendet werden, wie sie dem Zweck dienlich erscheinen.

In Verbindung mit der Uebernahme dieser Schiffe erließ Präsident Wilson folgende Verlautbarung: Seit einigen Monaten haben die Vereinigten Staaten und die Alliierten der Entente mit der Niederländischen Regierung Verhandlungen geführt, um ein allgemeines Handelsabkommen zu schließen. Der niederländische Minister des Aeußern hat am 12. März im niederländischen Parlament einen sehr klaren Bericht über den Charakter dieser Verhandlungen gegeben. Wie aus diesem hervorgeht, bewegten sich die Besprechungen auf der

Unsere Feldgrauen draußen geben dem Vaterlande freudig ihr Blut und Leben. Wir in der Heimat sollen nur unser Geld leihen.

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(63) (Nachdruck verboten.)

Sie schloß die Augen und atmete tief auf. „Wenn ich frei sein werde — —" flüsterte sie.

„Und bis dahin lasse es so bleiben wie es gestern war."

„Alfred," schluchzte sie.

„Lebe wohl, du Süße — — mach es mir doch nicht so schwer, du! Astrid, ich kann dich nicht weinen sehen —"

Sie lehnte das Gesicht gegen seine Schulter; er streichelte ihr blondes Haar. Nun war sein Traum Wirklichkeit geworden — er hielt das Mädchen, das er mit seiner heißen Mannesliebe liebte, an seiner Brust — als sein eigen! Und in einem letzten, schmerzlichen Kuß nahmen sie Abschied voneinander.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

„Nein, es ist nicht wahr, nein!" Verzweiflungsvoll rief es Frau Kühne und weinte laut auf. „Ich überlebe es nicht, mein Sohn — mein Sohn!"

„Mutter, er ist doch nicht tot — er ist nur schwer verwundet, wie die Nachricht lautet — und er wird auch wieder hergestellt werden!" tröstete Elisabeth, während ihr selbst die hellen Tränen über die Wangen liefen.

„Zum Krüppel haben sie ihn mir geschossen, meinen Jungen, den guten, lieben Jungen — den Arm zerschossen und die Beine!"

Frau Kühne hörte nicht auf die Trostesworte der Tochter; ihr Schmerz wuchs sich zur Verzweiflung aus, und Elisabeth wußte nicht mehr, was tun, die Mutter zu beruhigen. Was war es auch für ein furchtbares Bewußtsein für ein Mutterherz, den Sohn schwerverwundet, nicht transportfähig brachen zu wissen!

Wenn auch der junge Held das Eiserne Kreuz bekommen für seine Tapferkeit, dem Mutterherzen genügte es nicht — das wollte ihn gesund, heil haben oder wenigstens zu Hause in mütterlicher Pflege.

„Mutter, du verlangst zu viel! Ach, du bist doch nicht die einzige — komm' mit mir ins Lazarett „Waldfrieden" — da siehst du auch Söhne von Müttern liegen."

„Aber nicht den meinen." Und wieder folgte ein Schmerzensausbruch der Elisabeth tief erschütterte!

Was waren das für trübe, schwere Zeiten! Alles Glück war aus dem freundlichen Hause des Prokuristen geschwunden. Einen Trost fand Elisabeth in der Arbeit, und viel ruhte auf ihr. Wenn sie das Nötigste im Hause besorgt, ging sie ins Lazarett, um dort bis zum spätesten Abend tätig zu sein. Nur karg waren die Ruhestunden die sie sich gönnte.

Der Geheimrat Vermehren kam fast täglich nach „Waldfrieden", die Verwundeten zu besuchen, und wenn es nur auf einige Minuten war, und immer begleitete ihn Ursula, die Liebesgaben verteilte.

Kurt war kürzlich mit einem Truppentransport nach dem Westen gekommen, und Astrid war in einem großen Lazarett an der Westgrenze tätig. Sie schrieb wenig; dennoch war aus ihren Zeilen eine große Begeisterung und Befriedigung über ihre Tätigkeit zu lesen. Er mußte sich wundern über seine so verwöhnte, anspruchsvolle Tochter.

Wie wenig hatte er im Grunde doch seine Kinder gekannt! Und nie war er so glücklich und innerlich froh gewesen wie jetzt, da sie sich in großer Zeit so herrlich bewährten.

Nun war es Herbst geworden. Sturm und Regengüsse folgten heißen Sommertagen. In erbittertem Ringen lagen sich die feindlichen Heere gegenüber.

Mit Erwartung und Ungeduld wurden täglich die Berichte der Obersten Heeresleitung gelesen.

Und jeder Tag kostete viel Menschenleben, jeder Tag brachte Trauer in viele Häuser, ließ einen Stuhl darin frei werden.

Patrick Cargill kam oftmals mit seinem Auto nach Westenfelde eine innere Unrast trieb ihn umher und der geheime Wunsch Elisabeth zu sehen. Im Lazarett „Waldfrieden" hatte er schon viele Liebesgaben an Tabak, Zigarren, Schokolade verteilen lassen, und der blasse, gedrückt aussehende Mensch mit dem lahmen Bein war den Kranken nicht mehr unbekannt.

Nie glückte es ihm aber, Elisabeth zu sprechen; sie wich ihm aus, mit Groll im Herzen; hatte er so wenig Taktgefühl, daß er jetzt noch versuchte ihren Weg zu kreuzen? Konnte er jetzt überhaupt noch einem Deutschen offen ins Auge sehen? Mußte er nicht Scham empfinden, da das falsche Spiel, das England mit Deutschland getrieben, immer mehr offenbar wurde? Aber er war zäh und beharrlich — ohne Rücksicht auf andere — war das nicht auch englische Dickfelligkeit? —

Und endlich war ein Tag, an dem Georg Kühne so weit war, daß er in die Heimat geschafft werden konnte. Der Geheimrat Vermehren hatte sich unablässig darum bemüht. Und im Lazarett „Waldfrieden" sollte er seine weitere Genesung abwarten.

Ein Sanitätsautomobil brachte ihn mit noch einigen anderen Verwundeten, ein trauriges Schauspiel, das, wenn es sich auch fast täglich wiederholte, doch immer wieder teilnehmende Zuschauer herbeilockte.

Zufällig war Patrick Cargill auf dem Korridor des Lazaretts anwesend, als dieser Verwundetentransport ankam. Er war im Gespräch mit dem leitenden Arzt, dem er wieder Liebesgaben zur Verfügung gestellt, als die traurige Gruppe, vom Sanitätspersonal und den Schwestern unterstützt, an ihm vorbeiwankte. Zuletzt wurde auf einer Tragbahre ein Schwerverwundeter getragen, neben dem eine junge Schwester mit blassem Gesicht, fest aufeinandergepreßten Lippen und tränenfunkelnden Augen einherschritt — es war Elisabeth Kühne, die den Bruder begleitete; seine rechte Hand hatte sie gefaßt; merkwürdig leer und schlaff hing der linke Aermel des Waffenrockes herab, der, lose um den Verwundeten gehängt, verschiedene Löcher und Brandspuren aufwies — und als größten Schmuck das Eiserne Kreuz trug.

Patrick Cargill zitterte, als sein Blick das Geschwisterpaar traf. Georg hatte den Kopf nach ihm gewandt und sah ihn ruhig und durchdringend an, daß er verwirrt zur Seite blicken mußte. Mit einer linden, zarten Bewegung strich Elisabeth über das abgemagerte Gesicht des Bruders; sie sah starr geradeaus kein Blick hatte den ehemaligen Verlobten gestreift.

(Fortsetzung folgt.)

Grundlage zweier grundlegender Vorschläge. Es sollten einmal die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten die Einfuhr von Lebensmitteln und anderen für die Aufrechterhaltung des niederländischen Wirtschaftslebens geforderten Waren nach den Niederlanden erleichtern und außerdem sollten die Niederlande ihre Handelsflotte der gewöhnlichen Tätigkeit zurückgeben. Es war die Aufgabe der Verhandelnden, die besondere Anwendung der Vorschläge auszuarbeiten, die für die beteiligten Regierungen annehmbar sein würden. Anfang Januar 1918 gelangten die Unterhändler zu einer Verständigung, die in dem vorliegenden Abkommen zum Ausdruck gebracht wurde. Es wurde den beteiligten Regierungen unterbreitet, zu dem Zweck, es, falls es annehmbar sei, zu ratifizieren, andernfalls ihre Gegenvorschläge zu machen. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge. Die holländischen Delegierten machten Vorschläge in dem Sinne, daß ihre Schiffe eher gegen Bezahlung in Dienst genommen werden sollten und daß der in amerikanischen Gewässern stilliegende Schiffsraum mit gewissen Ausnahmen unverzüglich von den Vereinigten Staaten für einen Zeitraum, der 90 Tage nicht überschritte, gechartert werden solle. Diesen Vorschlag hat die Regierung der Vereinigten Staaten angenommen. Am 25. Januar 1918 überreichte der niederländische Gesandte in Washington dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten eine Note, die die Bedingung des Abkommens über die zeitweilige Charterung und deren Annahme durch seine Regierung enthielt. Dieses Abkommen sieht u. a. vor, daß 150 000 Tonnen holländischen Schiffsraums nach Belieben der Vereinigten Staaten zum Teil im Dienste des belgischen Hilfswerkes und zum Teil für die zurzeit unter sicherem Geleitzuge nach Sette (Frankreich) fahrenden Schiffe verwendet werden sollte und daß für jedes noch Holland im Dienste des belgischen Hilfswerkes entsandte Schiff ein entsprechendes Schiff aus Holland nach den Vereinigten Staaten abgehen sollte. Der erste Wunsch der Vereinigten Staaten war, wie es das Abkommen zum Ausdruck brachte, sich sofort Schiffsraum zu sichern, um nach der Schweiz Lebensmittel zu verfrachten, deren sie sehr bedurfte. Man machte eine Schwierigkeit nach der andern, um die Charterung holländischer Schiffe zur Versorgung der Schweiz hinauszuschieben. Der Grund, den die Holländer zwar nie aussprachen, den man aber kannte, war, daß die holländischen Rheder fürchteten, daß ihre letzten Schiffe von deutschen U-Booten zerstört würden.

Die britische Erklärung.

WTB. London, 22. März. Im Unterhaus gab Lord Robert Cecil die Erklärung ab, daß die britische und die alliierten Regierungen beschlossen hätten, die holländischen Schiffe, die in ihren Häfen liegen, in Besitz zu nehmen. Sie würden versuchen, mit den Rhedern zu einer Vereinbarung wegen Bezahlung und Versicherung zu gelangen. Am Ende des Krieges würden sie diese Schiffe zurückgeben oder die verlorenen ersetzen (??). Sie würden die Eigentümer der Schiffe für diese Anleihe, die durch das Vorgehen des Feindes verursacht worden sei, entschädigen und sich verpflichten, die holländischen Schiffe, die von heute ab holländische Häfen verlassen, nicht ohne Vereinbarung in den Dienst zu stellen. Endlich würden sie 10 000 Tonnen Weizen oder die entsprechende Menge Mehl in einem nordamerikanischen Hafen sobald wie möglich für Holland bereitstellen und dieselbe Menge in einem südamerikanischen Hafen.

Die Beschlagnahme der Schiffe.

WTB. Washington, 22. März. Die Kapitäne der beschlagnahmten niederländischen Schiffe befolgen allgemein dieselbe Art des Vorgehens. Sie machten die Offiziere, die die Beschlagnahme vornahmen, auf den Eintrag im Logbuch aufmerksam, daß sie den Befehlen über die Schiffe unter Protest aufgeben. Die Beschlagnahme der Schiffe ging ohne Störung vor sich.

)(**Berlin**, 22. März. Aus Rotterdam berichtet der „Berl. Lokalanz.": Der „Nieuwe Courant" berichtet aus den Kreisen der holländischen Reeder, daß die alliierten Regierungen für die Benutzung der holländischen Schiffe 40 Schilling monatlich für die Tonne bezahlen, während die englischen Reeder nur 12 Schilling erhalten. Zu dem Verluste eines Schiffes werden 1250 Dollars für die Tonne vergütet.

Demonstration vor der amerikanischen Gesandtschaft im Haag.

bz. Berlin, 22. März. Eine Anzahl Studenten, darunter der Senior eines Studentenkorps, haben gestern abend um 9 Uhr laut „B. Z." vor dem amerikanischen Gesandtschaftsgebäude in Haag demonstriert und verlangten den Gesandten zu sprechen. Es wurde ihnen aber mitgeteilt, daß der Gesandte abwesend sei. Darauf wurden von den Studenten patriotische Lieder gesungen und durch Johlen und Pfeifen gegen die ihnen gemachte Mitteilung protestiert.

Ein amerikanischer Beruhigungsversuch.

bz. Berlin, 22. März. Es heißt, daß die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten selbst sich noch heute an die holländische Presse mit detaillierten Aufklärungen wenden will, um darzutun, wie ausreichend Holland für seine Schiffe entschädigt wird, um die Erregung des holländischen Volkes zu beschwichtigen.

Das Eingreifen Japans in Sibirien.

WTB. Rotterdam, 22. März. Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamschen Courant" aus London schreibt der russische Bevollmächtigte in London, Litvinow, an den „Manchester Guardian": Der Grund für eine japanische Offensive in Rußland ist durch den langen ununterbrochenen Strom von Gerüchten aus dem Osten, gleichgültig ob sie offiziell bestätigt sind oder nicht, offenbar genügend vorbereitet. Die Ermordung von Japanern durch die Bolschewisten, die Aufstellung eines legendarischen Armee-Korps aus österreichisch-ungarischen und deutschen Kriegsgefangenen, die Einnahme der russischen Stadt Rostow am Don durch diese Kriegsgefangenen, deutsche Generale, die als Bergleute verkleidet durch Sibirien reisen, das Schließen aller Banken mit Ausnahme der deutschen, alles dies ist zugleich mit den alten Erzählungen von Greueltaten, die unter der Herrschaft der Bolschewisten begangen sein sollen, wieder hervorgeholt worden. Es wäre müßig, alle diese törichten Gerüchte einzeln in Abrede zu stellen. Man kann nicht verhindern, daß sie immer wieder anwachsen. Von Seiten der Alliierten werden außerdem noch andere Gründe vorgebracht, nämlich die Notwendigkeit, dem zunehmenden deutschen Einfluß entgegenzutreten und die Notwendigkeit, die Ordnung und Ruhe wieder herzustellen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß diese durch die Dazwischenkunft Japans bedenklich gestört werden soll. Obgleich der Friede mit Deutschland formell unterzeichnet ist, kann man ernst daran zweifeln, daß es zwischen den deutschen Imperialisten und den russischen Revolutionären zu einer Zusammenarbeit kommen wird. Es wird die ganze russische Geisteskraft dazu nötig sein, den zunehmender imperialistischen Neigungen Deutschlands die Stirn zu bieten. Die russische Regierung erwartet zu diesem Zweck die Mitwirkung und die Unterstützung von befreundeter Seite, ohne sich auf formelle Bündnisse einzulassen. Die Intervention Japans aber würde nicht nur ein solches Zusammengehen unmöglich machen, sondern auch zu neuen Verwickelungen im Osten führen. Die Kampfesstimmung unter den Arbeitern in Rußland nimmt fortwährend zu und es würde Deutschland gerade aus diesem Grunde erleichtert werden, das europäischen Rußland zu überrennen, ehe die Japaner den Baikal-See erreicht haben. Die Besetzung Sibiriens durch Japan kann für keinen der Alliierten irgend einen Vorteil mit sich bringen. Die Vorteile würden ausschließlich Deutschland und Japan zugute kommen.

Rumänien.

WTB. Bukarest, 22. März. Der Minister des Aeußern, Arion, äußerte sich über seine Aufgabe, wie folgt: Ich prüfe die von den Mittelmächten gemachten Vorschläge politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Natur, um den Vorfrieden zu einem endgültigen zu machen. Ich hoffe, daß es gelingen wird, zu einem für Rumänien annehmbaren, ehrenvollen Frieden zu gelangen, der keine Verminderung der Lebenskräfte des Landes darstellt. In der inneren Politik stehen wir vor sozialen Fragen, deren Lösung im engsten, vollständigen Einvernehmen mit den verschiedenen Klassen und im Vertrauen des Volkes erfolgen muß.

WB. Bukarest, 22. März. Zu Vertretern für die Verhandlungen sind auf rumänischer Seite der Minister des Aeußern, Arion, General Lupescu und Oberst Mircescu ernannt worden.

WTB. Bukarest, 22. März. Jassyer Zeitungen melden, daß das rumänische Parlament aufgelöst wird und daß Neuwahlen bald ausgeschrieben werden.

WTB. Bukarest, 22. März. General Averescu wird mit dem 1. April in die Reserve übertreten.

Waren-Austausch zwischen Deutschland, Oesterreich und Dänemark.

WTB. Kopenhagen, 22. März. Vom 15. bis 19. März wurden die Delegationsverhandlungen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn betr. des Warenaustausches in diesen Ländern in den vier Monaten vom 1. April bis 31. Juli 1918 geführt. Deutscherseits, sowie seitens Oesterreich-Ungarns waren zahlreiche Vertreter anwesend. Die Deutschen standen unter Leitung des Geh. Rates Grünwald vom deutschen Auswärtigen Amt und des Legationsrates Dr. Töpffer, Handelsattachee der hiesigen deutschen Gesandtschaft, die österreichisch-ungarische Delegation unter der Leitung des Legationsrates von Horrak vom österr.-ungarischen Ernährungsministerium und des Dr. Kern, Handelsattachee der hiesigen österreichisch-ungarischen Gesandtschaft. An den Verhandlungen nahmen teil Vertreter des Ministeriums des Aeußern, der Justiz, des Handels und der Landwirtschaft. Außerdem waren geladen Fischereidirektor Mortensen, sowie der Ausschuß des dänischen Fischereivereins. Die Verhandlungen nahmen einen für die dänischen Interessen befriedigenden Verlauf. Das Ergebnis war die Fortsetzung des Warenaustausches mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn im wesentlich gleichen Umfange wie früher. Betreffend der dänischen Ausfuhrwaren wurden Abmachungen über Preise für die nächsten vier Monate getroffen. Die Kohlenzufuhr erwartet man in unverändertem Umfang und zu unverminderten Preisen aufrecht erhalten zu können, während eine etwa erhöhte Zufuhr von Eisen und Stahl u. a. für den Schiffsbau erwartet wird.

Deutscher Reichstag.

* **Berlin**, 23. März.

Nachdem der Reichstag in seiner gestrigen Sitzung, wie wir bereits meldeten, eine Reihe von Anfragen erledigt und den Notetat gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen hatte, folgte

die dritte Lesung des 15 Milliarden-Kredits.

Abg. **Ebert** (Soz.): Ueber die Beurteilung des russischen Friedensvertrages haben wir keinen Zweifel gelassen. Regierung und Reichstagsmehrheit glauben sich verpflichtet, den Randvölkern im Osten zu überlassen, über ihre künftige Gestaltung selbst zu bestimmen. Der Reichskanzler darf sich durch keinerlei Widerstand von der Erfüllung der übernommenen Pflichten abhalten lassen. Im Westen ist leider noch keine Aussicht auf Frieden vorhanden. Das Entgegenkommen des Reichskanzlers auf die Vorschläge des Präsidenten Wilson begrüßen wir. Eine Antwort Wilsons oder der belgischen Regierung ist nicht erfolgt. England, Frankreich und Italien halten fest an dem Endziel, Deutschland vernichten zu wollen. Deshalb bewilligen wir die Kredite. Für die unerhörten Skandale in der Preisgestaltung durch die Industrie ist auch die Reichsleitung verantwortlich. Wir müssen die strengste Ueberwachung fordern. In der Ausführung des Belagerungszustandes drangsalieren die Militärbehörden unsere Partei und die Gewerkschaften. Die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen müssen besser versorgt werden. Unsere heimkehrenden Krieger dürfen nicht dem Elend und der Arbeitslosigkeit ausgeliefert werden. Sobald im Westen eine Verständigungsmöglichkeit zu einem Frieden sich zeigt, der unsere Lebensinteressen berücksichtigt, muß die Regierung alles tun, um den ersehnten allgemeinen Frieden herbeizuführen.

Abg. Graf **Westarp** (kons.): Angesichts der Vorgänge im Westen wäre es besser gewesen, wenn die Kredite genehmigt worden wären, ohne Widerspruch auch nur von einer Seite zu finden.

Abg. **Bernstein** (U. S.): Die deutsche Regierung hat die Notlage Rußlands ausgenutzt, einen Frieden zu schließen, dem der Gegner nur unter Protesten zustimmen konnte. Wir fordern einen reinen Verständigungsfrieden und verweigern die geforderten Kredite. Eine Ehrenpflicht Deutschlands ist die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens. Wir wollen einen demokratischen Frieden. Ein solcher aber ist von dieser Regierung nicht zu erwarten.

Die Kredite werden gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Die Vorlage über den Nachtragsetat betr. den Neubau eines Gebäudes für die Reichsschuldenverwaltung wird ohne Widerspruch in zweiter und dritter Lesung bewilligt.

Es folgt die zweite Lesung eines Gesetzes über die Kriegszuschläge zu den Gerichtskosten und zu den Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher.

Die Vorlage wird auch in sofortiger dritter Lesung angenommen.

Sodann tritt das Haus in die zweite Lesung des

deutsch-russischen und des deutsch-finnischen Friedensvertrages ein.

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Die sozialistische Politik strebt einen Verständigungsfrieden an. Dieses Ziel wird durch diesen Friedensschluß nicht gefördert. Mit wesentlichen Teilen des Vertrages sind wir nicht einverstanden. Mit ihm wird indessen der Krieg im Osten beendet. Wir wollen den Vertrag deshalb nicht ablehnen. Wir enthalten uns der Abstimmung.

Abg. **Gröber** (Ztr.): Die Bolschewisten wollten nur für ihre Idee Propaganda machen und zögerten die Verhandlungen hin. Die deutsche Regierung zeigte eine wahre Lammesgeduld und nahm nur gezwungen den Kampf wieder auf. Wenn es kein Verständigungsfriede ist, so sind nicht unsere Vertreter daran schuld, sondern die Gegner. Der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit marschiert und wird zum Ziele kommen. Wir hoffen, daß Gott uns weiter helfen wird bis zum dauernden Frieden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers **v. Payer**: In der Entschließung des Haushaltsausschusses vom deutsch-russischen Friedensvertrag betr. das Selbstbestimmungsrecht von Polen, Kurland und Litauen, erblickt die Reichsleitung im wesentlichen eine Bekräftigung der bisher von ihr befolgten Politik und eine Anregung, auf dem Wege dieser Politik weiter zu schreiten. Der Reichskanzler hat am 29. November v. J. hier über Polen, Kurland und Litauen erklärt, daß wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker achten und erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestalt geben werden, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht. Mittlerweile ist manches geschehen. Wir haben das Selbstbestimmungsrecht Kurlands anerkannt. Die Verhältnisse in Litauen sind soweit geklärt, daß eine Deputation des dortigen Landesrates mit den nötigen Vollmachten unterwegs ist und morgen hier eintreffen wird. Wohl in den nächsten Tagen schon wird auch die Selbständigkeit dieses Landes anerkannt worden sein. Die weitere staatsrechtliche und politische Gestaltung dieser neugeschaffenen Länder liegt dann zunächst in der eigenen Hand derselben. Zweifellos wird sich eine Lösung zur Regelung und dauernden Erhaltung des beiderseitigen Bestrebens, friedlich und freundlich zusammenzuleben, finden lassen.

Bei Polen bedarf es nicht mehr eines Anerkennens. Angesehene politische Kreise dieses Landes haben neuerdings begonnen, die künftige Gestaltung des Landes mitvorbereiten zu helfen. Deutschland und die österreichisch-ungarische Monarchie können jede Mitarbeit begrüßen, die ihr eigenes Bestreben fördert, das unter Sicherstellung der eigenen Interessen auf dauernde gute, nachbarliche Beziehung zu dem neuerstandenen Staat gerichtet ist.

Auch die Reichsleitung hält es für eine Voraussetzung der gedeihlichen staatsrechtlichen Entwicklung in den drei Ländern, daß ihre künftigen Volksvertretungen auf breiter Grundlage aufgebaut werden, da sie nur dann, vom Vertrauen des Volkes getragen, über die erforderliche Autokratie gebieten werden. Auch die Reichsleitung hält das Verlangen der Einführung einer einheimischen Zivilverwaltung in diesen durch Opfer und Lasten des Krieges vielfach schwer betroffenen Staaten für berechtigt. Trotz der sich dabei aus den militärischen und politischen Verhältnissen ergebenden Schwierigkeiten ist sie bereit, ernstlich darauf hinzuwirken, daß diesen Wünschen der Staaten entsprochen wird. Endlich ist die Reichsregierung entschlossen, mitzuwirken, daß die erforderlichen Vereinbarungen zwischen allen Beteiligten so bald als möglich abgeschlossen werden. Eine Reihe von Hindernissen ist seit November vorigen Jahres aus der Welt geschafft worden, die noch bestehenden werden nicht unüberwindlich sein. Die politischen Verhältnisse heischen Klarheit. Es wäre aber auch für alle Beteiligten eine wahre Erlösung, wenn nach jahrelangem Ringen und nach jahrelanger Unsicherheit endlich mit Brief und Siegel bestätigt würde, daß die hart geprüften Völker wenigstens in diesem Teile der Welt sich wieder ungehinderter Arbeit und der Segnungen des Friedens und der Ruhe erfreuen dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **von Goßler** (kons.): Wir stimmen dem Friedensvertrag und den Entschließungen des Ausschusses zu, nicht aber denen der Sozialdemokratie, da sie die Interessen der Randvölker denen des Deutschen Reiches voranstellt. Bei allem Wohlwollen für die Randvölker wünschen wir, daß in erster Linie die militärische Grenzsicherung unserer Ostseeprovinzen Berücksichtigung findet. Wir bitten Sie, unserem Antrag beizustimmen, daß bei künftigen Friedensverträgen der Grundsatz: „Keine Annexion und keine Entschädigung!" wieder verlassen wird, um für unsere Kriegsbeschädigten sorgen zu können. (Beifall.)

Abg. **Haase** (U. S.): Wir werden angesichts dieser Verträge von einem Gefühl der Schande berührt (große Unruhe), da unseren Nachbarvölkern ein rücksichtsloser Schwertfriede aufgezwungen wird. Der Abg. Gröber hat mit Rabulistik nachzuweisen gesucht, daß dieser Friede in den Rahmen der Reichstagsentschließung paßt. (Vizepräsident Dr. Paasche rügt diesen Ausdruck.) Was sagen nun die Herren Scheidemann und David zu dieser Auslegung ihrer Volksgenossen? Dieser Friede ist nur ein Waffenstillstand mit schwerer Rüstung. Die Vertretungen der Randvölker sind keine Volksvertretungen. Innerlich fühlen sich die Balten zu Rußland hingezogen.

Abg. **Stresemann** (Natl.): Unsere Zustimmung zu den Anträgen ist bereits erklärt worden. Es ist unwahr, daß die Zuneigung der Balten zu Deutschland auf materieller Grundlage beruht. Die baltische Literatur ist ein fortgesetztes Bekenntnis zur deutschen Kultur. Von deutscher Gewaltherrschaft kann man nicht mhr sprechen, wenn man an die englische Gewaltherrschaft denkt, die sie jetzt wieder einen Neutralen gegenüberr zeigt. Seien Sie doch auch einmal dem eigenen Lande gegenüber so gerecht und objektiv. (Beifall.! Den Entschlüssen des Ausschusses stimmen wir zu. Esthland und Livland müssen ebenfalls das Selbstbestimungsrecht bekommen, und wir müssen ihnen behilflich sein, sich an Kurland anzuschließen. (Beifall.)

Abg. **Haas**-Karlsruhe (F. Vp.): Der Abg. Haase hat sich hier zum Fürsprecher des russischen Imperialismus gemacht. Angesichts der Entschließung des Ausschusses kann man nicht mehr von einem Annexionsfrieden sprechen. Die Entschließung fördert die Freiheit der Randstaaten, und daraus kann nur Gutes für Deutschland entstehen. Wir wollen im Gegensatz zu dem konservativen Antrag die bessere Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen herbeiführen auch ohne Kriegsentschädigung. Wir werden es auch durch unsere Arbeit und durch angemessene Steuern schaffen. Den Friedensverträgen stimmen wir selbstverständlich zu und hoffen, daß wir auch bald zum Frieden im Westen kommen. (Beifall.)

Frhr. **v. Gamp** (D. Fr.): Die Forderung einer Kriegsentschädigung ist für die Folge unerläßlich. Für die Verwüstungen, die die Russen in Ostpreußen angestellt haben, mußte eine Entschädigung eintreten.

Abg. **David** (Soz.): Bei dem Zustandekommen des Vertrages haben wir scharfe Kritik geübt, wir lehnen ihn aber nicht ab, da wir sonst die Regierung amortisieren würden, die Waffen wieder aufzunehmen. Wir hoffen, daß die Regierung die Kraft haben wird, die Politik im Osten durchzusetzen, wie sie in unserer Entschließung vorgezeichnet ist. Die Wahl in Niederbarnim hat gezeigt, daß die großen Massen hinter unserer Politik der Landesverteidigung stehen.

Abg. **Haase** (U. S.): Eine Ablehnung des Friedensvertrages würde nicht die Fortsetzung des Krieges bedeuten, sondern einen Frieden herbeiführen zum Heile der russischen Völker (hört, hört! rechts) und des eigen Volkes. Redner polemisiert schließlich nur noch gegen die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion.

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Die ganze Art und Weise, wie Herr Haase die Debatte zu Katzbalgereien ausarten läßt, ist mir und meiner Fraktion zuwider.

Die Abgg. Ledebour und Haase melden sich zum Wort. (Schlußrufe.)

Abg. Graf **Westarp** (kons.): Die Ehrenschuld an den Kriegsbeschädigten wird eingelöst werden, aber nicht darf sie künftigen Geschlechtern überlassen werden. Wenn das Volk verarmt, kann auch die größte Ehrenschuld nicht eingelöst werden. Sie kriegen den Frieden nicht eher, als bis unsere Feinde Frieden machen müssen und dann können wir auch fordern. Jetzt, wo wir den Rücken frei haben, wollen wir abrechnen mit den Feinden, die uns den Krieg gebracht haben.

Abg. **Ledebour** (U. S.): Dieser Vertrag ist eine Schande für Deutschland.

Vizepräsident Dr. **Paasche** ruft den Redner zur Ordnung.

Damit schließt die Aussprache.

Abg. **Müller-Meiningen** (F. Vp.) beantragt, die inzwischen eingebrachten Entschließungen an die Kommission zurückzuweisen.

Bei der Spezialdebatte entstand zwischen den Abgg. Graf **Westarp** (kons.), **Erzberger** (Ztr.), **Stresemann** (natl.) und **Rehbel** (kons.) eine Aussprache darüber, ob Esthland und Livland dem russischen Einfluß entzogen werden oder zu ihrer Abtrennung ein Akt der russischen Regierung notwendig sei.

Unterstaatssekretär **v. d. Busssche** erklärt schließlich, daß diese Länder noch der Staatsoberhoheit Rußlands unterstellt sind.

Die Verträge werden in zweiter Lesung angenommen ebenso die Entschließungen des Ausschusses.

Die dritte Lesung verlief ohne Aussprache.

Die Friedensverträge werden endgültig angenommen. (Beifall.)

Darauf wird vertagt.

Vizepräsident Dr. **Paasche**: Schwere, aber auch erfolgreiche Arbeit liegt hinter uns. Wir können uns nicht trennen, ohne unserm Heer und seinen Führern unseren Dank auszusprechen. Wir wollen aus-

auseinandergehen mit dem Wunsche, daß, wenn wir wiederkommen, ... daß es allzuschwere Opfer gekostet hätte, wir zu einem siegreichen Abschluß der Kämpfe gelangen, und wir nach Ostern dem allgemeinen Frieden näher kommen werden.

Nächste Sitzung, 16. April, 2 Uhr: Anfragen, Fall Daimler, Postetat. — Schluß ½8 Uhr.

Aus dem Reich.

Der Alldeutsche Verband und die nationalliberale Austrittserklärung.

Auf die Austrittserklärung der sechs nationalliberalen Abgeordneten ist dem Abgeordneten Dr. Stresemann von der Leitung des Alldeutschen Verbandes folgende Antwort zugegangen:

Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann
Berlin, Reichstag.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Von dienstlicher Reise zurückgekehrt, finde ich Ihre und Ihrer Herren Fraktionsgenossen Erklärung vom 11. lf. Monats hier vor, von deren Inhalt ich schon durch die Presse während der Reise Kenntnis erhalten habe.

Ich werde Ihre Erklärung der Hauptleitung und dem Geschäftsführenden Ausschuß vorlegen, damit beide in ihrer nächsten Sitzung Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen. Schon heute bitte ich dazu folgendes bemerken zu dürfen:

Sie und Ihre Herren Fraktionsgenossen begründen Ihren Austritt aus dem Alldeutschen Verbande mit dem Verhalten der „Deutschen Zeitung", indem Sie auf deren innerpolitisches Vorgehen und ihre Kampfesweise gegen die Nationalliberale Partei Bezug nehmen und davon sprechen, daß diese Zeitung vom Alldeutschen Verbande gegründet sei.

Ich glaube daraus die Feststellung entnehmen zu können, daß das politische Verhalten des Alldeutschen Verbandes selbst Ihnen keine Veranlassung zu Ihrem Schritte gegeben hat, und darf weiter daran die Feststellung knüpfen, daß es ein Irrtum ist, der Alldeutsche Verband habe die Deutsche Zeitung gegründet. Wie der breitesten Oeffentlichkeit bei wiederholten Gelegenheiten bekanntgegeben wurde, ist Eigentümerin der „Deutschen Zeitung" die Neudeutsche Verlags- und Treuhand-Gesellschaft, die nicht nur mit dem Alldeutschen Verbande nicht identisch ist, sondern der zahlreiche Gesellschafter angehören, die überhaupt nicht Mitglieder des Alldeutschen Verbandes sind. Der Alldeutsche Verband hat keinen Einfluß auf die Haltung der „Deutschen Zeitung", mit Fragen der inneren Politik befaßt er sich überhaupt nicht, und so ist es selbstverständlich, daß der Alldeutsche Verband für die Haltung der „Deutschen Zeitung" nicht verantwortlich gemacht werden kann. Ich bedauere, daß Sie, sehr verehrter Herr Doktor, und Ihre Freunde mir nicht vorher Gelegenheit gegeben haben, Ihren Irrtum aufzuklären.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. v. Vietinghoff-Scheel,
Hauptgeschäftsführer des Alldeutschen Verbandes.

Verlegung eines Reichsamtes nach München?

In der Sitzung der Kammer der Reichsräte am Dienstag warf R.-R. Frh. v. Franckenstein die Frage auf, ob denn nicht einmal ein Reichsamt — er nannte das Reichspatentamt — nach München gelegt werden könnte. Auf seine Bemerkung daß die Regierung hier ihren Einfluß in Berlin geltend machen solle, erklärte Minister des Innern Dr. v. Brettreich, daß er nie ein großer Freund einer zu weit gehenden Zentralisierung in Berlin gewesen sei. Den Gedanken, daß das Reichs-Patentamt nach München kommen solle, bezeichnet der Minister als sehr erwägenswert; der Zusammenhang mit dem Deutschen Museum sei sicher ein Grund für die Verlegung nach München. Die Angelegenheit unterstehe der Zuständigkeit des Ministeriums des Aeußern; er sei überzeugt, daß von dieser Seite das Möglichste geschehe.

Einschränkung des Fremdenverkehrs in Kurorten.

Nachdem im letzten Sommer infolge Zusammendrängung erholungsbedürftiger Personen in einzelnen kleinen Kurorten innerhalb weniger Wochen vorübergehende Ernährungsschwierigkeiten entstanden sind, beabsichtigt der Bundesrat, die Landeszentralbehörden durch eine demnächst zu erlassende Verordnung zu ermächtigen, den Besuch von Sommerfrischen und Kurorten von unter 6000 Einwohnern von der Ausstellung eines amtsärztlichen Zeugnisses abhängig zu machen. Auch sonstige Aufenthaltsbeschränkungen in kleineren Kurorten können durch landesrechtliche Bestimmungen getroffen werd.

Badischer Landtag.

12. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

A. Karlsruhe, 22. März.

Präsident Prinz Max eröffnete nach 3½ Uhr die Sitzung. Das Haus trat in die Tagesordnung ein, die Beratung über den Staatsvoranschlag; und zwar den Voranschlag der Eisenbahnschuldentilgungskasse.

Geh. Hofrat Dr. v. Oechelhäuser erstattete für den Haushaltsausschuß den Bericht. Der Voranschlag wurde ohne Aussprache angenommen.

Freiherr v. Gemmingen berichtete für den Haushaltsausschuß über den Voranschlag des Murgwerks. Der Voranschlag wurde angenommen.

Präsident Dr. Glockner berichtete für die Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf, betreffend die Gehaltsordnung. Der Gesetzentwurf wurde angenommen.

Wirkl. Geh. Rat Dr. Bürklin berichtete über den Gesetzentwurf die Feststellung des Staatsvoranschlags für die Jahre 1918 und 1919 (Finanzgesetz) betr. Dann besprach der Berichterstatter die Finanzlage des Landes, die, wie der Finanzminister in der Zweiten Kammer bereits feststellte, gut ist. Die schwebende Schuld beträgt heute 131 Millionen *M*. Diese Schuld rührt hauptsächlich daher, daß wir für das Reich Kriegsunterstützungen vorschüßlich zu zahlen haben. Von dem Reiche haben wir dafür 159 Millionen *M* zu fordern. Den Gemeinden werden so monatlich 7 Millionen *M* an Zinsen erspart. Der guten Ernte auf dem Gebiete der direkten Steuern steht ein Ausfall auf dem Gebiete der indirekten Steuern gegenüber. Die Einkommensteuerzuschläge werden wir auch für die beiden kommenden Jahre beibehalten. Etwas bestimmtes über die Finanzlage in den nächsten zwei Jahren ist nicht zu sagen. Der Redner besprach nun die Verhältnisse der Reichs- und Landesfinanzen und sagte weiter: Ein Steuerprogramm, wie die Steuern zu bewältigen sind, liegt noch nicht vor. Man hat von einer Weinsteuer gesprochen. Hier möchte ich nur hervorheben, daß es falsch wäre, wenn man die jetzigen hohen Weinpreise als Maßstab für die Erträgnisse der Weinsteuer nehmen würde. Diese Weinpreise sind nur vorübergehend so hoch. Die Regierung sollte dahin wirken, daß eine Steuer nicht nur am Winger hängen bleibt. Die Weinsteuer wird nur ein kleines Blümlein am Steuerstrauß sein. Was der Finanzminister über die Steuerprojekte in der Zweiten Kammer gesagt hat, unterschreibe ich Wort für Wort. Der Finanzminister hat dort gesagt, daß wir nicht zu verzagen brauchen, auch wenn uns eine Kriegsentschädigung nicht zuteil wird. Ich habe mich gefreut über diesen Optimismus, denn er entspringt einem Vertrauen. Im Ausschusse ist es bedauert worden, daß der Vermögenszuwachs gleichmäßig besteuert wird. Was der Finanzminister gesagt hat über Steuerwilligkeit, Sparsamkeit und Arbeitsfreudigkeit findet ebenfalls meine Zustimmung. Da darf man aber nicht die Arbeitswilligkeit beschränken. Ganz werden wir um die Monopole nicht herumkommen, aber ihrer dürfen nicht zu viel kommen. Der Eigenbetrieb muß der Eckstein unseres Wirtschaftslebens sein. Darum sobald als möglich heraus aus der Zwangjacke der Kriegswirtschaft! Aus dem Osten ist die Friedenssonne aufgestiegen und wir hoffen, daß sie mit ihren Strahlen auch den Westen und den Süden erwärmt. Hoffentlich bringt sie uns auch in wirtschaftlicher Beziehung eine volle Ernte. Dann werden uns erfreulichere Voranschläge vorgelegt werden, als der gegenwärtige. Namens des Ausschusses bitte ich um Annahme des Gesetzes.

Finanzminister Dr. Rheinboldt erklärte an dem Vertrauen festzuhalten, das er in seiner Finanzrede in der Zweiten Kammer ausgesprochen habe. Dieses Vertrauen habe er nicht für Baden, sondern auch für das Reich.

Das Finanzgesetz wurde dann einstimmig angenommen.

Das Haus vertagte sich hierauf auf Mitte April.
Schluß der Sitzung 5 Uhr.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 23. März 1918.

Na. Der Ortsgruppe Karlsruhe des Badischen Heimatdank wurde von Kommerzienrat und Stadtrat Fritz Homburger die Summe von 5000 *M* in 5prozentiger Deutscher Kriegsanleihe zugewiesen.

= Fahrkartenpreise. Vom 1. April 1918 an werden auf den Stationen Tarifauszüge mit den Preisen der verkäuflichen Fahrkarten nicht mehr ausgehändigt. Die Fahrkartenausgabestellen erteilen auf Verlangen Auskunft über die Fahrpreise.

= Bei der Handelskammer Karlsruhe kann ein Nachtrag zu den Richtsätzen für die Preisberechnung von Schuhwaren vom 2. November 1916 eingesehen werden.

Na. Die Wäschesammlung zugunsten unserer Säuglinge beginnt am Montag, den 25. d. M. Von Haus zu Haus gehen die Sammlerinnen, um für unsere Kleinen all das einzuholen, was mildtätige Herzen und Hände bereit gelegt haben. Durch diese Sammlung soll wieder ein Teil der Sorgen. der auf den Müttern lastet, verringert werden. Mit Freuden muß in der heutigen Zeit das Vaterland die Ankunft eines jeden Neugeborenen begrüßen. Aber die Mutter, die ihm das Dasein gegeben, sie weiß oft nicht, wie sie die zarten Glieder des jungen Erdenbürgers betten soll. An allem ist Mangel. Es fehlen die Windeln, die Hemdchen, die Einschlagtücher, kurzum oft die gesamte Säuglingswäsche. Es ist ein Notstand, der dringend der Abhilfe bedarf. Darum die Windeltage am 25. und 26. März. An die gesamte Einwohnerschaft geht noch einmal die herzlichste Bitte um Spendung von Gaben. Wer nicht viel geben kann, der gebe das wenige, das er entbehren kann. Jedes Taschentuch ist willkommen.

= Kartoffel-Abgabe. Haushaltungen, die nur bis 20. Mai 1918 mit Kartoffeln versorgt sind, können für die Zeit bis 8. Juli 1918 eine weitere Kopfmenge von 50 Pfund erhalten. Näheres im Anzeigenteil.

= Goldene Hochzeit. Bauzeichner a. D. Johann und Friederike Tubach geb. Herz können am 25. d. M. in geistiger und körperlicher Frische das Fest der goldenen Hochzeit begehen. Beide stehen am Ende der 70er Jahre.

= Eröffnung des Postverkehrs mit Finnland. Nach Finnland können von jetzt an gewöhnliche offene Briefe und Postkarten befördert werden; dabei ist außer den sonstigen im Auslandsverkehr zugelassenen Sprachen auch die russische Sprache gestattet.

= Moderner Lieder- und Duettenabend. Heute abend findet im großen, gut geheizten Eintrachtsaale ein Lieder- und Duettenabend der jungen Künstlerin Evelyn Fecht und Herrn van Gorkom statt. Karten sind zu haben in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstr., Ecke Waldstr., sowie an der Abendkasse.

= Residenz-Theater, Waldstraße. Samstag bis einschl. Dienstag Carl de Vogt in dem 2. Teil „Der Herr der Welt", eine in sich abgeschlossene 4aktige dramatische Handlung, verfaßt und inszeniert von Robert Reinert. Die übrigen Hauptrollen bekleiden Fritz Achterberg, Paul Passarge, Ernst Hoffmann, Erra Bognar. Nur an den Werktagen wird das köstliche Lustspiel „Aus Backfischzeit", 3 Akte, von Franz Schmelter mit Lu L'Arronge und Anna Müller-Linke in den Hauptrollen zur Vorführung gelangen. — Bereits kommenden Mittwoch erscheint der neueste Henny Porten-Film, welcher auch, da in der Karwoche die Theater Donnerstag, Freitag und Samstag geschlossen bleiben, über die Osterfeiertage gezeigt wird, derselbe betitelt sich „Edelsteine", Schauspiel in 4 Akten. — Besonderes Interesse verdient der hochaktuelle Film „Die Rückkehr des Hilfskreuzers Wolf", eine Ausgabe des Bild- und Filmamts Berlin.

Offenhalten der offenen Verkaufsstellen. Abänderung der Polizeistunde.

Das Ministerium des Innern hat mit Verordnung vom 21. März 1918 bestimmt, daß die Vorschriften seiner Verordnung vom 28. November 1917, die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln betreffend, hinsichtlich der Schließung der offenen Verkaufsstellen am 24. März außer Kraft treten. Mit diesem Tage sind für das Offenhalten der offenen Verkaufsstellen wieder diejenigen Bestimmungen maßgebend, welche vor Erlassung der Verordnung vom 28. November 1917 in Geltung waren.

In der neuen Verordn. hat ferner das Ministerium des Innern mit Wirkung vom 1. April 1918 bestimmt, daß in Städten mit mindestens 10 000 Einwohnern Gast- Speise- und Schankwirtschaften, Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden, Theater, Lichtspielhäuser, Kaffees, Räume in denen Schauspiele stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungsstätten jeder Art bis 11 Uhr abends geöffnet bleiben dürfen.

Gleichzeitig wurden die Großh. Bezirksämter ermächtigt, für die Zeit vom 15. Mai bis 15. September 1918, soweit hierfür ein Bedürfnis der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung besteht, für ihren Amtsbezirk, für einzelne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern oder für bestimmte Betriebe zu gestatten, daß Gast-, Speise und Schankwirtschaften, Kaffees sowie Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden, bis 11 Uhr abends geöffnet bleiben dürfen.

Die milderen Vorschriften wurden erlassen, da in den kommenden Monaten durch das längere Offenhalten der Verkaufsstellen, Wirtschaften, Theater usw. Heizmaterial und Beleuchtungsmittel entweder überhaupt nicht oder nur in beschränktem Umfang erforderlich werden.

Letzte Drahtberichte.

)(Schwerin, 22. März. Die „Mecklenburgischen Nachrichten" melden: Seine Durchlaucht Prinz Heinrich der 38. Reuß jüngere Linie, Oberleutnant im Kürassierregiment Königin (Pommerisches Nr. 2), zweiter Sohn des verstorbenen Prinz Heinrich der 18. Reuß und seiner Gemahlin, geborenen Herzogin Charlotte zu Mecklenburg, ist im Kampf an der Westfront gefallen.

:: Las Palmas, 22. März. (Reuter.) Die gesamte Besatzung des Dampfers „Arpilla" aus Barcelona, der in der Nähe von Las Palmas am 14. März torpediert wurde, ist hier gelandet. Sie besteht aus 33 Mann.

:!: London, 22. März. Das Unterhaus ist bis zum 9. April vertagt.

Die deutschen Kriegsgefangenen in England.

() Berlin, 23. März. Der „Berl. Lokalanz." meldet: Von einer besonderen Seite wird uns über das „Berner Tageblatt" berichtet, daß sich die „Times" darüber beklagen, die Ernährung der fremden Kriegsgefangenen belaste den englischen Lebensmittelmarkt so stark, daß ein Abtransport einer großen Zahl von deutschen Kriegsgefangenen notwendig geworden sei. Da die Schiffe jetzt fast ausnahmslos mit Sandballast nach Amerika zurückkehren, könnten die Kriegsgefangenen sehr gut mitgenommen werden. Die Transportkosten würden sich bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen sehr gut lohnen.

Die Trockenlegung der Zuidersee.

WB. Amsterdam, 22. März. Die Zweite Kammer hat heute einstimmig den Gesetzentwurf betr. die Trockenlegung der Zuidersee angenommen.

Die Luftpost in der Ukraine.

)(Berlin 23. März. Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Brest-Litowsk: Am 15. März früh verkehrte die erste Flugzeugpost zwischen Brest-Litowsk und Kiew. Sie berührte die Orte Luck, Shitomir und Kiew, um sie mit einiger Briefpost zu versorgen.

Das Frauenwahlrecht in Kanada.

WTB. Amsterdam, 22. März. Die „Times" melden aus Ottava vom 21. März: der kanadische Ministerpräsident hat einen Gesetzentwurf eingebracht, demzufolge alle Frauen unter denselben Bedingungen wie den Männern das Wahlrecht verliehen wird. Nur die mit Untertanen feindlicher Staaten verheirateten Frauen werden ausgeschlossen.

Wechsel im italienischen Kriegsministerium.

WTB. Rom, 22. März. (Agenzia Stefani.) Da der Kriegsminister Alfierie den Wunsch geäußert hat, an der Front ein Kommando zu übernehmen und auf diesem Wunsch dringend bestand, hat der Ministerpräsident dem König vorgeschlagen, das Entlassungsgesuch des Kriegsministers anzunehmen. Am 20. März ist der Senator General Vittorio Zuppelli zum Kriegsminister ernannt.

Die amerikanischen Eisenbahnen.

WTB. Washington, 21. März. Präsident Wilson hat das Gesetz betr. die Regierungskontrolle über die Eisenbahnen unterzeichnet.

Die Militarisierung der Daimler-Werke.

WTB. Berlin, 22. März. Der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst von Kessel, hat folgende Bekanntmachung erlassen: Im Hinblick darauf, daß die Daimler-Motoren-Gesellschaft, Zweigstelle Berlin-Marienfeld mit der Daimler-Motor-Gesellschaft in Untertürkheim (Württemberg) wirtschaftlich und finanziell eng zusammenhängt, und daß die Befugnis der vom stellv. General-Kommando des 19. (K. W.) Armeekorps über die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim angeordnete militärische Aufsicht nicht über den Befehlsbereich des 13. Armeekorps hinausgeht wird hiermit auf Grund 9 B des Gesetzes des Belagerungszustandes die Daimler-Motoren-Gesellschaft, Zweigniederlassung Berlin-Marienfeld, ebenfalls unter militärische Aufsicht gestellt. Mit der Aufsicht wird der Major Hannermann, Kommandeur der Ersatzabteilung der Kraftfahrtruppen in Berlin betraut. Zu seiner Unterstützung wird ihm Hauptmann der Landwehr Ameluna und Leutnant der Res. Lampel von der Kriegsamtstelle in den Marken zur Verfügung gestellt. Der Betrieb der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Berlin-Marienfeld ist unverändert fortzuführen; jedoch haben die Organe und die Angestellten der Firma den Anordnungen der militärischen Aufsicht, soweit solche in Beziehung auf Produktion und Offenlegung der kaufmännischen und technischen Vorgänge für erforderlich erachtet werden, Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen gegen diese Verfügung oder gegen die Anordnungen der militärischen Aufsicht werden gemäß 9 B des Gesetzes über den Belagerungszustand mit Gefängnis bis zu einem Jahr bei vorliegenden mildernden Umständen mit Haft oder mit Geldstrafen bis zu 1500 *M* bestraft.

Maura — spanischer Ministerpräsident.

WTB. Madrid, 22. März. Meldung der Agence Havas. Die Regierung ist folgendermaßen zusammengesetzt: Maura Ministerpräsident, Dato Minister des Aeußern, Romanones Justiz, Garcia Prieto Inneres, Resada Finanzen, General Norina Krieg, General Pidal Marine, Alba Unterricht, Cambo öffentliche Arbeiten.

Pädagogium Karlsruhe (Balschstr. 8 — mit Int. —)

Führt bis **Abit.** (auch Mädch.), zum **Einj.**- u. **Fähnr.**-Ex. — Seit 1907 bestanden über 200 ihre Prfgn.; **Famil.**-Anschluss; Preise **mässig** (dürftige Kriegerwaisen schulgeldfrei). Refer. i. Prosp. 1034

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle.

20. März: Christine Hoffmann, 70 J., Witwe von Jakob Hoffmann, Bäckermeister; Frida Seiler, 33 J., Ehefrau von Johann Seiler, Kasernenwärter. — 21. März: Ida Vogel, 31 J., Ehefrau von Hermann Vogel, Versicherungsinspektor; Heinrich Schitterer, Großh. Notar a. D., Ehemann, 74 J.; Georg Haberstroh, Dekorationsmaler, Ehemann, 68 J.; Berta Korwan, 45 J., Ehefrau von Karl Korwan, Fabrikant. — 22. März: Anna Maria Göhringer, 79 J., Witwe von Hubert Göhringer, Rechnungsrat; Walter Otto, 11 Mt. 17 Tg., V. Otto Frey, Fabrikarbeiter; Mina Witt, 61 J., Ehefrau von Wilhelm Witt, Taglöhner; Anna Maria Kramer, 44 J., gesch. Ehefrau des Handelslehrers Karl Kramer; Heinrich Friedrich, 6 Mt. 19 Tg., V. Heinrich Otto, Eisendreher; Gustav Adolf Jung, Sprechmeister, Ehemann, 55 J.

Statt besonderer Anzeige.

Freunden und Bekannten die erschütternde Nachricht, daß nun auch unser lieber jüngster Sohn und Bruder

Walter Schmidt

Leutnant in einem Pionier-Bataillon
Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse

im Alter von kaum 20 Jahren fürs Vaterland gestorben ist.

Er fiel am Sonntag, den 17. März in siegreichem Sturm an der Spitze seiner Pioniere.

Die trauernden Angehörigen:
Fr. Schmidt, Pfarrer a. D., und
Mathilde, geb. Taubert,
Oberarzt Dr. **Albert Schmidt,**
z. Zt. im Feld
und **Susel Ernst.** 1362

Lebensmittelverteilung

in der

Woche vom 25. bis 31. März 1918.

I.

1. **Kaffee** (Bohnenkaffee)
   Kopfmenge 20 Gramm zum Preis von 16 ₰ gegen die Marke A Nr. 82.
2. **Teigröhren**
   ½ Pfund gegen die Marke B Nr. 82, Preis 62 ₰ für 1 Pfd. Wasserware und 86 ₰ für 1 Pfd. Auszugsware.
3. **Dörrobst** (Aepfel)
   ½ Pfund zum Preis von Mk. 1.60 gegen die Lebensmittelmarke C Nr. 82.
4. **Marmelade**
   ½ Pfund zu 46 ₰ gegen die Lebensmittelmarke D Nr. 82.
5. **Zucker**
   300 Gramm gegen die Zuckermarke Nr. 82.
6. **Eier**
   Kopfmenge 2 Stück; Preis 28 ₰ für das Stück, gegen die Eiermarken Nr. 82 A und B. Auf Sammelmarken Nr. 82 A und B werden 6 Eier 5 Personen abgegeben.
7. **Fett**
   125 Gramm laut Bekanntmachung vom 18. März 1918 in den Verkaufsstellen Nr. 101 bis 291 gegen die Fettmarke C Nr 82.
8. **Kindernährmittel**
   1 Paket von 250 Gramm zu ℳ 1.— gegen die Zusatzmarke für Kindernährmittel Nr. 82.
9. **Fleisch**
   200 gr (150 gr Fleisch und 50 gr Wurst).
10. **Kartoffeln**
    7 Pfund gegen die Kartoffelmarke C Nr. 82 mit Anhang.
11. **Sauerkraut**
    In den städt. Verkaufsstellen und auf den Märkten wird Sauerkraut bis auf weiteres **markenfrei** abgegeben. Preis 25 Pfg. für das Pfund.
12. **Obstwein**
    Wird in Mengen von 20 bis 100 Liter ausgegeben, Bestellungen sind bei uns schriftlich einzureichen. Preis 90 Pfg. ab Faß.

II.

Die Verteilung der Waren erfolgt nur in der Woche vom 25. März bis 31. März 1918 einschließlich.

III.

Einlösungsstellen für **Sondermarken** (Krankenzusatz- und F-Marken), **Versorgung von Mutter und Kind und Zusatzmarken für Kindernährmittel** für die unter 1 bis 8 aufgeführten Lebensmittel: **Die städtischen Verkaufsstellen Kaiserstraße Nr. 74, Kriegstraße Nr. 80, Karlstraße Nr. 23 und die Filiale der Firma Pfannkuch & Co., Rheinstr. Nr. 25.** Für **Fett** ferner die städt. Verkaufsstelle **zur Butterblume, Amalienstraße Nr. 29.**

IV.

Frist für Abrechnung und Ablieferung der Marken: Für Fett jeweils 2 Tage nach Ablauf der Verkaufszeit und für die anderen Waren Mittwoch, den 3. April 1918.

V.

Für die Woche vom 1. bis 7. April 1918 sind zur Verteilung vorgesehen:

Sago	½ Pfund	Fleisch
Dörrgemüse (Gelbrüben)	½ Pfund	Kartoffeln
Kunsthonig	½ Pfund	Sauerkraut und
Fett.		Obstwein.
Kindernährmittel		

Karlsruhe, den 22. März 1918. D 60

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie betr.

Die Ziehung der 4. Klasse der 11. Preußisch-Süddeutschen (237. Königl. Preußischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am **9. und 10. April 1918** stattfinden.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 4. Klasse hat bis spätestens **Mittwoch, den 3. April ds. Js., abends 6 Uhr,** bei den zuständigen Großh. Badischen Lotterieeinnehmern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben. 1355

Karlsruhe, den 23. März 1918.

Großh. Landeshauptkasse
als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie.

Kaffee Bauer

Inh.: Siegfried Sinner. 1292

Kaffeehaus 1. Ranges in nächster Nähe des Marktplatzes.
Große Auswahl an Tageszeitungen und Zeitschriften.
An Wochentagen **nachmittags kein** *Konzert.*

Täglich abends 8 Uhr und Sonntag nachmittags
Künstler-Konzert
der Kapelle Graner.

Kaffee Odeon.

Erstes u. größtes Familien-Kaffee der Residenz.
650 Sitzplätze.

Nachmittagstee.
:: Eigene ::
Konditorei.
Tonkünstler-Konzerte.
Billardakademie.
Herm. Borchers
früh. Besitzer vom
Kaffee Museum.
1316

Am **Ostersamstag,** den 30. März d. J.
bleiben die **Geschäftsräume** der unterzeichneten **Banken** und **Bankiers**
geschlossen.

Badische Bank
Ignaz Ellern
Veit L. Homburger
Mitteldeutsche Credit-Bank
Heinrich Müller
Rheinische Creditbank
Straus & Co.
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft
1330

Aufruf

zur Zeichnung auf die 8. Kriegsanleihe.

Unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen

bitten wir, wiederum zu einem guten Ergebnis auch der 8. Kriegsanleihe in unserer Stadt nach Kräften beizutragen.

Diese Bitte richten wir namentlich auch an die **Besitzer kleiner Ersparnisse.**

Der großen Anzahl kleiner Zeichnungen in Stadt und Land verdanken unsere bisherigen Kriegsanleihen zu einem wesentlichen Teil ihre hocherfreulichen Erfolge.

Auch diesesmal darf das Vaterland erwarten, daß Alle, Hoch und Nieder, ihre Schuldigkeit tun.

Es gilt für den Schlußakt des schweren Kampfes, den unsere Söhne und Brüder zu unauslöschlichem Danke des Vaterlandes bis dahin so erfolgreich bestanden, dem Reiche die notwendigen Geldmittel zum Durchhalten bis zum guten, wie wir hoffen dürfen, nahen Ende zu sichern.

Laßt uns, jeder nach seinen Mitteln, die wirksamste Heimarbeit für einen baldigen Frieden dadurch vollbringen, daß wir in einem glänzenden Ergebnis dieser 8. Kriegsanleihe den noch friedensscheuen feindlichen Machthabern im Westen klar und deutlich zu erkennen geben, daß ihre letzte Hoffnung auf ein Erschlaffen der deutschen Widerstandskraft und Entschlossenheit nach wie vor eitel und trügerisch bleibt.

Die Unterzeichneten sind gerne bereit, nähere Auskunft und Anleitung auf Wunsch mündlich oder schriftlich zu erteilen.

Karlsruhe, im März 1918. 1300

Werbeausschuß I für die 8. Kriegsanleihe:

Geh. Hofrat Dr. Binz, Vorsitzender; Weller, Oberstadtrechnungsrat, Schriftführer; Fr. Anselment, Blechnermeister und Stadtverordneter; Dr. Appel, Stadtrabbiner; E. Blum, Hofschlossermeister und Stadtverordneter; Bodenstein, Geistl. Rat und Stadtpfarrer; Ebert, Stadtpfarrer und Dekan; Fischer, Oberhofprediger, Vorsitzender des Evang. Kirchengemeinderats; Grund, Zivilingenieur und Stadtverordneter; Frau Luitgard Himmelheber; W. Hof, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells und Stadtverordneter; G. Jacob, Oberfinanzsekretär und Stadtverordneter; Isemann, Stadtpfarrer; Kambeitz, Vorsitzender des Ortsverbands der H.-D. Gewerk.-V. und Stadtverordneter; Joh. Ersing, Vorsitzender des Christl. Gewerkschaftskartells; Knörzer, Geistl. Rat, Stadtdekan und Ehrendomherr; Kolb, Stadtrat; Karl Lacroix, Vorsitzender des Verbandes Bad. Handw.-Gen. und Stadtverordneter; Frau Geh. Oberreg.-Rat Dr. David Mayer; Frau Landgerichtsrat Neßler; Dr. Schiffer, Rabbiner; Schlebach, Altstadtrat; Frau Klara Schmitt, Oberlandesgerichtsratswitwe; Adolf Stein, Vorsitzender des Kaufm. Vereins und Mitglied der Handelskr.; Trautmann, Großh. Oberrevisor und Stadtverordneter, Vivell, Stadtrat.

VIII. Kriegsanleihe

Wir nehmen Zeichnungen auf die **neue Kriegsanleihe** an. Die bei uns gezeichneten Beträge, die aus Einlageguthaben entnommen werden sollen, werden auf den 31. März abgerechnet, sodaß unsere Zeichner bereits vom 1. April ab in den Zinsgenuß von 5%, bezw. 4½% kommen.

Die Zeichnungen werden im **3. Stock von Karl-Friedrich-Straße 8,** Zimmer Nr. 170 — Eingang Zähringerstraße — entgegengenommen. Die Sparbücher wollen mitgebracht werden, damit die Abrechnung **sofort** erfolgen kann.

Um die Möglichkeit zu bieten, auch Beträge unter 100 Mk. zur Kriegsanleihe zu zeichnen, geben wir wieder Scheine über 1 Mk., 2 Mk., 5 Mk., 10 Mk., 20 Mk. und 50 Mk. mit der Verpflichtung aus, die eingegangenen Beträge zur Zeichnung von Kriegsanleihe für die Sparkasse zu verwenden. Die Scheine werden vom 1. April 1922 ab mit 1 Mk. 20 Pfg., 2 Mk. 40 Pfg., 6 Mk., 12 Mk. 10 Pfg., 24 Mk. 30 Pfg. und 60 Mk. 70 Pfg. wieder eingelöst. Der Verkauf findet in den Geschäftsräumen der Sparkasse statt.

Karlsruhe, den 16. März 1918. F. 15

Städtische Sparkasse.

Großherzogl. Hoftheater. 2052
Samstag, den 23. März, B 46 (gelbe Karten):
Die Rabensteinerin.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen ½10 Uhr.

National-
Kontrollkassen
jeder Art gegen bar zu kaufen gesucht
Angebote unter 15006/I an die Geschäftsstelle d. Blattes

Residenz Theater Waldstr.
Samstag bis einschl. Dienstag.
Alleiniges Erstaufführungsrecht.
Der Herr der Welt.
2. Teil
Der lebende Tode.
Eine in sich abgeschlossene dramatische Handlung in 4 Akten.
Die Rückkehr S.M.S. Hilfskreuzer „Wolf".
Hochaktuelle Ausgabe des Bild- und Film-Amt Berlin. 1349
Nur an den Werktagen:
Lu's Backfischzeit.
Lustspiel in 3 Akten.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat August 1917 unter F 8 **Nr. 10496** bis mit **Nr. 12213** ausgestellten bezw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens **10. April 1918** auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden.

Karlsruhe, den 23. März 1918.

Städt. Pfandleihkasse.

Bekanntmachung.
Durchlöcherte Emaille-Kochgeschirre kann jede Hausfrau selbst reparieren.
Die Firma
Karl Gehle, Fürth i/B. Nürnberg
liefert einen feuer- und wasserfesten **Emaille-Kitt** mit Gebrauchsanweisung und Garantieschein.
Ein Versuch zeigt in überraschender Weise die grossen Vorteile dieser neuesten Erfindung.
Nur bei Voreinsendung von 1 ℳ franko, bei 3 ℳ 50 ₰ 4 Stück franko. Günstig für Laden-Geschäfte und Wiederverkäufer. 8034

Heirat. Geb. Dame, Witwe, Anf. 40, ev., v. sehr angen. Aeuss., mit einem erwachsenen Sohn, sehr schöner Wohnungseinrichtung und Mk. 10000.— Vermögen, möchte sich gerne wieder verh. mit gebild. Herrn. Nur wirklich ernstgemeinte Angebote bitte man unter Nr. 7025 an die Geschäftsst. des Bl. zu richten. Gewerbsm. Vermittler verbeten.

Städt. Vierordtbad
Heissluft- u. Dampfbäder
(Irische, römische u. russische Dampfbäder). 104
Elektrische Lichtbäder
Damenbadezeit: Montag u. Mittwoch vormittags 8–1 Uhr und Freitag nachm. 3–8 Uhr.
Herrenbadezeit: Alle übrige Zeit, Samstags bis abends 9 Uhr.
Mittags 1–3 Uhr geschlossen.
An Sonn- und Feiertagen während der Kriegszeit geschlossen.

Darlehen
gewähre in jeder Höhe solventen Personen. Ia. Referenzen. **Ad. Fritz, Hamburg 24.** 15013
Tüchtige Vermittler gesucht.

Wir kaufen
Markensammlung
gegen bar. 15014
Philipp Kosack & Co., Berlin C., Burgstr. 13.

Institut Boltz Ilmenau i. Thür. Einj.-Abitur. Pr. fr. 12015

L. z. Tr. 1359
Montag, den 25. III. 18
8 Uhr.

Dampf-, Heissluft- und elektr. Lichtbäder
für Herren und Damen im **Friedrichsbad** den ganzen Tag geöffnet.
1329